

A11 Geflüchtetenunterkunft am ehemaligen Flughafengebäude Tempelhof mit medizinischer Grundversorgung ausstatten

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 12.03.2024

Tagesordnungspunkt: 0.6. Anträge

Antragstext

192 Auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof sind in drei verschiedenen
193 Großunterkünften derzeit 2.400 geflüchtete Menschen untergebracht. Die
194 Versorgung der Menschen dort ist sehr problematisch und vor allem eine
195 medizinische Versorgung vor Ort nicht gewährleistet.

196 Auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof befinden sich drei
197 Großunterkunftsstandorte für geflüchtete Menschen, welche keine medizinische
198 Versorgung vor Ort haben. Dringend erforderlich ist eine auskömmliche
199 medizinische Versorgung, um akute sowie behandlungspflichtige chronische
200 Erkrankungen zu behandeln und verschreibungspflichtige Medikamente ausstellen zu
201 können. Die Hausärzt:innen in der Umgebung sind komplett überfordert und müssen
202 - genauso wie die in der Nähe liegenden Krankenhäuser - behandlungsbedürftige
203 Geflüchtete wieder zurückschicken. Seit Dezember 2022 wird vom Senat
204 versprochen, einen Medibus auf dem Gelände zu installieren. Die notwendigen
205 Finanzen wurden über den Aktionsplan Ukraine zur Verfügung gestellt, bisher aber
206 nicht entsprechend eingesetzt. Daneben fehlen die räumlichen Möglichkeiten für
207 qualifizierte Quarantänebereiche, die für übertragbare Erkrankungen erforderlich
208 sind.

209 Wichtig zur Sicherstellung einer auskömmlichen medizinischen Versorgung ist
210 außerdem ein Angebot zur Übersetzung im medizinischen Kontext, bei Arztbesuchen.
211 Hier bedarf es zusätzlicher Sprachmittlungsangebote und Gesundheitslots:innen.

212 Viele der geflüchteten Menschen mit traumatischen Erfahrungen und Verlusten
213 benötigen neben der grundlegenden medizinischen Versorgung eine psychiatrische/
214 psychotherapeutische Betreuung, um sich zu stabilisieren und mit den aktuellen
215 Lebensbedingungen zurecht zu kommen. Es müssen die räumlichen und personellen
216 Voraussetzungen für die psychosoziale Begleitung der Menschen geschaffen werden.

217 Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg fordern den Senat auf, den
218 wiederholten Ankündigungen endlich Taten folgen zu lassen. Der Regierende
219 Bürgermeister Kai Wegner muss mit dem senatseigenen Zuständigkeitspingpong ein
220 Ende machen und den versprochenen und dringend benötigten Medipoint endlich
221 umsetzen!